

Dein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungs-Bestellern und in allen Klubs erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Preis: Die neuwiegend gelagerte Monatshefte oder deren Teil für Familienmitglieder 20 Pf., für die Restfamilie (einschließlich der berufstätigen Teil einer Familie) 1,50 RM. Einzelpersonen nur 10 Pf. an der Expedition Dresden-N. 1. Güterbahnhofstraße 2. Poststelle: frei Haus monatlich 2,50 RM (zähler im voraus), nach

Jahrgang Dresden, Sonnabend den 12. Dezember 1931 Nummer 204

Lohnabbau statt Preissenkung!

5 Prozent Lohnabbau an den Bielefelder Metallarbeitern durch freie Vereinbarung der Gewerkschaftsführer und Unternehmer. Das droht allen Arbeitern. Die Preise steigen. Gewaltige Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise. Reichskommissar Goerdeler erklärt: Preisüberwachung — nicht Preiszwang

Großalarm zum roten Volksbegehren!

Bei den Verhandlungen über die Löhne der Bielefelder Metallarbeiter wurde am 10. Dezember den Gewerkschaftsführern und den Unternehmern eine freie Vereinbarung abgehandelt, wonach am 14. Dezember die Zeitlöhne um 5 Prozent und ab 1. Januar noch mal 5 um 10 Prozent gesenkt werden sollen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Unternehmer, die diese Lohnabbauvereinbarung abgeschlossen haben, haben die Notverordnung zum Mutter genommen. Das, was die Bielefelder Metallarbeiter trifft, das droht jetzt allen Arbeitern. Denn der Vorstand der sozialdemokratischen Reichsgewerkschaft hat bereits klar zu erkennen gegeben, daß die Führer auch die Aufhebung der neuen Notverordnung vernünftiger werden. In den arbeitsgemeinschaftlichen Verhandlungen im Wirtschaftsrat haben die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern den neuen Lohnabbau auf der ganzen Linie vereinbart. Deshalb sind die SPD-Führer auch für die Aufrechterhaltung der neuen Notverordnung, nach der die Tarife auf den Stand vom Januar 1927 hinabgedrückt werden sollen.

Ein Hinabschrauben der tariflichen Löhne auf den Stand von 1927 bedeutet, daß der Reallohn viel tiefer gesenkt wird, als Anfangs 1927 stand. Denn inzwischen sind die Lebenshaltungskosten sprunghaft angestiegen. Hinzu kommen die erhöhten Löhne für Arbeitslosenversicherung, ferner die Einkommensteuer, die Bürgersteuer, die Getränkesteuer und noch vieles andere.

Seitern berichten wir bereits davon, daß Massenillegionen der Schwerindustriellen in Rheinland-Westfalen durchgeführt werden. Diese Maßnahmen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sind eine ungeheuerliche Provokation und beinhalten zum anderen, was es in Wahrheit mit der so groß angelegten Preissenkung auf sich hat. Die Unternehmer, die gar nicht daran denken, auch nur auf einen Pfennig ihres Profits zu verzichten, legen Betriebe still oder führen einen neuen unerwarteten Lohnabbau durch.

Der ganze Preissenkungsschwindel ist bereits jetzt in ein Nichts zerfallen.

Wir stellen folgendes fest: Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, sind für diese Woche vom 11. bis 17. Dezember für A-Milch von 14 auf 14,6 Pfennig erhöht worden. Das sind 4,3 Prozent! Für B-Milch beträgt der Preis 15 Pfennig oder 15 Prozent mehr als in der Vorwoche. Vollfettmilch bearbeitete Milch sind 16,35 Pfennig oder 14 Prozent mehr kosten.

Und die Getreidepreise?

Vom August bis Anfang Dezember dieses Jahres ist der in Deutschland für Weizen um 32 Prozent, für Roggen um 27 Prozent und für Futtergerste um 18,6 Prozent gestiegen. Entsprechend hat sich natürlich auch der Weizenpreis verteuert. Deswegen steht statt eines Abbaus des Brotpreises seine weitere Erhöhung auf der Tagesordnung.

Preisüberwachung — nicht Preiszwang

Der neue Reichskommissar für Preisüberwachung, der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, gab am Freitag in der Berliner Presse Erklärungen über seine ersten Arbeiten ab. Ganz offen erklärte Dr. Goerdeler:

„Die Preise können nicht einfach durch Diktat herabgesetzt werden.“

„Die Preise können nicht einfach durch Diktat herabgesetzt werden.“

„Eine Senkung der Gas- und Elektrizitätspreise sowie der Verkehrstarife ließe die Tariffrage entgegen, daß die Einkommen der öffentlichen Hand zwangsläufig dafür bestimmt seien, die Lasten für die Wohlfahrtsverbesserten zu tragen.“

Der Schluß der Rede Dr. Goerdelers war eine offene Erklärung der Hungernden Deutschlands. Er sagte, daß „die für das Weihnachtsgeschäft geplanten Einkäufe ruhig getätigt werden können. Mit Käufen für das Weihnachtsgeschäft zurückhalten, sei ein volkswirtschaftlicher Fehler.“ Am Schluß der Rede heißt es dann:

„Die nächsten Maßnahmen werden eine Prüfung der Brot- und Fleischpreise sowie der Preise der Beförderungsmittel und der Elektrizität und Gaspreise sein.“

Also kein Wort von Preissenkung. Der Reichskommissar beschränkt sich darauf, die Preise zu überwachen, aber in der gleichen Zeit werden in Deutschland die Löhne abgebaut, Betriebe stillgelegt und neue Lasten den Arbeitenden aufgebürdet.

Massenappell

Der Groenegerische „Weihnachtsfriede“ hat einen Ausnahmezustand über ganz Deutschland verhängt. Dieser Ausnahmezustand richtet sich auch in seiner ganzen Schärfe gegen das rote Volksbegehren in Sachsen. Die sächsische Arbeiterklasse hat wie die Arbeiterklasse in keinem anderen Bezirk Deutschlands in diesen Tagen die Möglichkeit, ihre Meinung zur Politik der faschistischen Ausbeutung in einem Massenbrennlinie zur roten Einheitsfront, zum Kampf gegen Faschismus und Hungerkuren zum Ausdruck zu bringen.

Darum muß der letzte Einzeichnungssonntag ein gewaltiger Massenappell gegen die Schiedsrichterei in Sachsen werden.

Darum muß sich der letzte Parteigenosse, das letzte Mitglied der revolutionären Massenorganisationen an den für heute und morgen angelegten Generalappellen beteiligen und von Haus zu Haus, an jeder Tür werben und agitieren für die sofortige Einzeichnung.

für den Sieg des roten Volksbegehrens!

Dresden holt auf! Chemnitz über 50 000!

Am Freitag zeichneten sich ein:
in Dresden 4042, zusammen 32 017
in Chemnitz 4182, zusammen 50 385
in Leipzig 2232, zusammen 21 543

Dresden muß noch 16 000 Stimmen abgeben. Die letzten vier Tage der Einzeichnungsfrist müssen durch einen Massenandrang auf die Einzeichnungslokale gekennzeichnet sein. Nicht warten bis zum letzten Tag! Heute noch mußt du dich einzeichnen!

Hitlers „Weihnachtsfrieden“

Neuer SA-Feuerüberfall in Berlin!

Hitlers Banden terrorisieren Arbeiter. Nazifaschisten mit 2 Revolvern und 2 Dolchen

Berlin, den 12. Dezember.

In Berlin überfielen gestern SA-Banden des Sturmes 17 das Café Urban in der Friedrichstraße und eröffneten dort ein Schnellfeuer. Die anwesenden Gäste setzten sich zur Wehr. Einem 72-jährigen Händler wurde durch einen Schlag mit einem Bierglasohr auf den Kopf eine schwere Verletzung beigebracht. Bei einer im Anschluß daran unerwarteten Hausdurchsuchung bei dem Nazifaschisten Wärmann auf der Stephanstraße 5 wurden zwei Pistolen, Munition für einen Browning, zwei Dolche und ein feststehendes Messer gefunden.

So sieht der „legale Kurs“ der Hitlerbanden aus, den die Herren vom „Braunen Haus“ festerlich beschworen haben! Erst vor zwei Tagen fand ein kommunistischer Arbeiter in Charlottenburg den Tod auf offener Straße durch eine Nazifugele, jetzt erfolgt der zweite Feuerüberfall. Die Hitlergardien treten bewaffnet auf — trotz Notverordnung, sie begehren Verbrechen auf Verbrechen am hellen Tage — die Partei des Reichstanzlers ver-

„Rettung der Demokratie“

Warum Maulkorb-Paragrafen im Rathaus?

Dresden, den 12. Dezember.

Im Dresdner Rathaus wurden unter Führung der SPD, gestützt von der bürgerlich-nationalsozialistischen Einheitsfront durch einen Beschluß sämtliche wesentlichen Paragraphen der Geschäftsordnung, in denen den Minderheitsgruppen gewisse, wenn auch schwache Rechte garantiert waren, außer Kraft gesetzt. Der kommunistischen Partei, als der einzigen Vertretung der Werktätigen, die rücksichtslos die Interessen aller Ausgebeuteten vertritt, ist es damit unmöglich gemacht, selbständige Anträge und seien dieselben noch so dringlich, einzubringen oder sonstige zu einer wichtigen Vorlage des Rates im Plenum Stellung zu nehmen. In Zukunft wird sich die Tagesordnung so abwickeln, daß das Stadtparlament zusammentritt, von den Mitteilungen des Rates — und enthielten diese die größten Ungehörlichkeiten gegen die Werktätigen — Kenntnis nimmt und dann auseinander geht. Das Parlament wird sich praktisch in nichts unterscheiden von einer faschistischen Kammer, in der es nur eine Meinung geben darf, das ist die der herrschenden Klasse. Schon die letzte Sitzung gab hieron einen Begriff. Nicht ein einziger Antrag der KPD, in dem die Besprechung wichtiger Vorlagen des Rates — so beispielsweise die Vorlage betr. den Abbau der Schulpflichtungen — verlangt wurde, fand Unterstützung. So wird die Faschisierung der Verwaltung unter Führung der SPD mit aller Skrupellosigkeit in der Gemeinde durchgeführt. Was Mussolini in Italien erst lange nach der Machtergreifung wagen konnte, das befolgen in Deutschland die sozialfaschistischen Denker der Volksrechte, ohne die offizielle Herrschaft der faschistischen Partei.

Weshalb diese faschistische Anebelung der KPD-Fraktion?

Die herrschende Klasse führt gegen die Millionenmassen der Werktätigen die Generaloffensive durch. Ihre Organe zur Durchführung derselben sind die Regierungen des Reiches, der Länder und die Kommunalverwaltungen. Mittels Notverordnungen haben Reich und Länder Löhne, Gehälter und Unterstützungen abgebaut, Tarifverträge aufgehoben und immer neue Zoll- und Steuerlasten für das werktätige Volk diktiert. Reichs- und Landesparlamente sind ausgeschaltet. Als unter Druck der Kommunisten der Sächsische Landtag u. a. den Beschluß auf Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich faßte, wurde derselbe von der Schiedsregierung nicht durchgeführt. Die bürgerlichen Parteien bedecken diesen Kurs völlinhaltlich und ver-

Heute und morgen Generalappell für alle Mitglieder und Funktionäre der KPD, des KJVD, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Roten Hilfe, der IAH, des IB, der Kampfgemeinschaft für rote Sportlichkeit, des Kampfbund gegen den Faschismus, der prol. Freidenker in allen bekannten Parteilokalen! Keiner darf fehlen am Großwerbstag für Partei, Presse, Massenorganisationen und für den Sieg des roten Volksbegehrens!